

Klimapolitik

Orwell in Grün

Demokratische Rechte lassen sich auch im Namen des Klimaschutzes beschneiden

Das Weltklima muss stabilisiert werden – endlich haben das auch Politikerinnen und Wirtschaftsführer auf dem Plan. Doch Umweltbewegte könnten sich zu früh freuen. Solange sie nicht auch gesellschaftliche Veränderungen einfordern, kann der Klimawandel als bloßes Daten- und Sicherheitsproblem abgehandelt werden. Dann passen plötzlich sogar der Handel mit „Verschmutzungsrechten“ und das Bloßstellen von „Klimasündern“ zusammen. ■ VON NIELS BOEING

Es ist noch nicht lange her, dass der ökologische Umbau der Industriegesellschaft als Anliegen sogenannter Gutmenschen verblasste. Die vermeintliche Revolution eines sozialen Internets erschien aufregender, der „Krieg gegen den Terror“ dringlicher als sich den Kopf über Ressourceneffizienz oder biologische Landwirtschaft zu zerbrechen. Das ist vorbei. Das Thema Nachhaltigkeit hat, 16 Jahre nach der Rio-Konferenz, wieder den politischen Mainstream erreicht. Schaut man allerdings genauer hin, welche Überlegungen hierzu kursieren, kann man am Horizont eine beunruhigende Entdeckung machen: ein sich ausweitender Kontrollzwang, in dem sich Computernetzwerke und ökologische Korrektheit mit Überwachungsphantasien und dem Traum vom gläsernen Kunden kreuzen. Allen Strängen ist nämlich eines gemeinsam: Die Rettung der kapitalistischen Welt wird vor allem als ein Problem der Datenerfassung begriffen.

Vorliebe für technische Lösungen

KlimaforscherInnen etwa weisen immer wieder darauf hin, dass das Datenmaterial für ihre Computermodelle noch viel zu lückenhaft sei. Zwar können sie dank mehrerer Erdbeobachtungssatelliten seit Anfang der 1990er-Jahre den Anstieg des Meeresspiegels und das Schmelzen der polaren Eisschilde inzwischen genau nachvollziehen. Aber das Ozean-Messnetz auf der südlichen Halbkugel müsse dringend ausgebaut werden, um die Auswirkungen des Klimawandels auf die Weltmeere besser zu verstehen, mahnen die ForscherInnen.

Auch die Energieeffizienz wird zunehmend unter dieser Perspektive wahrgenommen. In den Medien werden seit einiger Zeit „intelligente Stromzähler“ (smart meters) als technische Lösung für effizientere Stromnetze angepriesen. Diese sollen den Energieversorgern per Datenkabel melden, wie viel Energie ein Haushalt zu einem bestimmten Zeitpunkt tatsächlich benötigt. Damit soll die „letzte Meile“ der Energieversorgung in eine exakte Bedarfsplanung der Erzeuger einbezogen und Energieverschwendung verhindert werden.

Ein Sensornetz, dem nichts entgeht

Das ist nur ein Beispiel für die Hoffnungen, die IngenieurInnen und WissenschaftlerInnen in den konsequenten Ausbau von Sensornetzwerken stecken, um mehr über Energieverbrauch, Schadstoffbelastung oder die Veränderung anderer relevanter Umweltparameter zu erfahren. Hier trifft sich die aktuelle Umweltdebatte mit der seit Jahren in der Computerindustrie beschworenen Vision des „Ubiquitous Computing“ – der allgegenwärtigen Verfügbarkeit von Computerdiensten. „Ein Planet voller verlinkter Chips sendet einen unaufhörlichen Strom kleiner Nachrichten aus, die sich zu einer Kaskade höchster Sensibilität verdichten“, beschrieb der kalifornische Internetguru Kevin Kelly das Konzept bereits 1997.

Das konnte man damals noch als Geschwafel der überdrehten „New Economy“ abtun. Doch der Aufbau eines planetaren Sensornetzes, dem nichts entgeht, das bis in die letzte private Nische vordringt, inspiriert längst auch die Sicherheitsorgane

des Westens. Den expliziten Brückenschlag zwischen Terrorüberwachung und Ökologie lieferte vor einem Jahr eine Studie des US-Militärs. Ihr Titel: „Die nationale Sicherheit und die Bedrohung durch den Klimawandel“. Der könnte „Bedingungen schaffen, die den Krieg gegen den Terrorismus verlängern“, heißt es darin.

Diese Wendung hat es in sich, denn hier kommen zwei Themen zusammen, die von einem latenten Gefühl der Bedrohung geprägt sind. Beide haben das Zeug, Denunziation und Überwachung zu fördern, weil sie einem ähnlichen Denkmuster folgen: lückenlose Aufklärung im Kampf gegen einen diffusen Feind.

Verschmutzungsrechte statt Bürgerrechten

Es gibt noch eine dritte Mitspielerin mit einer Leidenschaft fürs Datensammeln: die Privatwirtschaft. Aus den akribisch erhobenen Kundendaten – im Onlinehandel oder über sogenannte Kundenkarten – werden Verbraucherprofile erstellt, um noch mehr Waren zu verkaufen. Das überschreitet im Falle des „Scoring“, bei dem demografische Daten wie der Wohnort über den Bezahlmodus entscheiden, auch schon mal die Grenze der Legalität. Gemacht wird es trotzdem. Die technische Infrastruktur, mit der Verbraucherdaten verarbeitet werden, soll nun auch für die Reduzierung von CO₂-Emissionen genutzt werden: mit der „CO₂-Card“.

Basierend auf den Arbeiten von ÖkonomenInnen des Londoner Instituts Lean Economy Connection, wird die Idee hierzulande von der Aachener Stiftung Kathy Beys verfochten. Das soll folgendermaßen

gehen: Jedem Bürger und jeder Bürgerin wird ein CO₂-Konto zugeteilt, auf dem sich ein Jahresguthaben von zwei Tonnen CO₂ befindet. Das entspricht der Menge, die jede WesteuropäerIn maximal ausstoßen dürfte, um den Kohlendioxidgehalt der Atmosphäre nicht weiter zu steigern.

Jedes Mal, wenn Benzin getankt oder eine Fahrkarte gekauft wird, wird neben dem Geldbetrag auch automatisch der damit verbundene CO₂-Wert vom persönlichen Klimakonto abgebucht. Ist das Konto leer, bleibt entweder auch der Tank leer oder man kauft von anderen deren überschüssige Kohlendioxidguthaben. Diesen Vorgang wickelt eine neu zu schaffende Behörde ab, die natürlich mit Banken und Kreditkartenfirmen vernetzt sein muss. Hielt sich der Staat bislang zumindest aus dem alltäglichen Konsumrausch heraus, wird er hier direkt eingebunden, wird eine weitere Zugriffsmöglichkeit auf die BürgerInnen geschaffen.

Moralisieren und kontrollieren

Es ist schon erstaunlich: Indem der Klimawandel zum Daten- und Sicherheitsproblem wird und gleichzeitig ein Verschmutzungs-„Recht“ zur konsumierbaren Ware, soll der Kapitalismus gerettet werden. Erleichtert wird diese Tendenz auch durch eine langsam einsetzende Selbstkontrolle von BürgerInnen, wenn persönliche CO₂-Emissionen auf einmal mit Schuldgefühlen verknüpft sind. Sicher ist ein persönlicher Low-Carbon-Lifestyle zunächst einmal plausibel. Aber ist er nicht am Ende eine Symptombekämpfung? Das Onlinemagazin WorldChanging hat diesen Zweifel noch radikaler formuliert: „Die ganze Idee, dass eine Änderung unseres Lebensstils in Richtung Nachhaltigkeit die Welt transformieren könnte, ist verfehlt.“ Wo es auf einen systemischen Umbau der Zivilisation ankomme, sei persönliche Tugendhaftigkeit reine Augenwischerei – und oben drein „nervig“.

Gerade diese Tugendhaftigkeit ist geeignet, schleichend die Akzeptanz drastischer Überwachungsmaßnahmen von einer Seite auszuweiten, die BürgerrechtlerInnen bislang nicht im Blick hatten. Die Video-

überwachung des öffentlichen Raums wird inzwischen achselzuckend hingenommen. Sie diene ja nur der Erhöhung unserer Sicherheit. Es sei doch eine gute Sache, wenn Kriminelle schneller dingfest gemacht werden können, hört man selbst von gemäßigten ZeitgenossInnen.

Durchgreifen im Namen der Erde?

Eine Überwachung im Namen der Umwelt wird auf noch weniger Widerstand treffen. Sie dient ja der Rettung der Erde. Dann können endlich die großen, aber auch die kleinen UmweltsünderInnen sofort erkannt werden. Dass in der Umweltbewegung auch ein potenziell totalitäres Element angelegt ist, darauf wurde schon in ihren Anfangstagen hingewiesen. Damals spukte die Idee einer wohlwollenden Ökodiktatur durch wirre Köpfe. In der Gemengelage, die durch Klimawandelberichte und den 11. September entstanden ist, gewinnt die Vorstellung plötzlich wieder an Brisanz.

Angenommen, Datensammelei und Selbstkontrolle würden irgendwann tatsächlich die CO₂-Emissionen der Industrieländer stabilisieren – was passiert danach? Ähnlich wie bei Steuern, die einmal eingeführt und nie wieder zurückgenommen werden, könnten sich kulturelle Verhaltensweisen einschleifen, die ebenfalls irreversibel werden. Die Fixierung auf das CO₂-Äquivalent von allem und jedem hat das Zeug, einen neuen moralinsauren Muff hervorzubringen, dem die Ferne, das Fremde und das Ausschweifende von vornherein verdächtig sind. Das wäre ganz im Sinne christlicher und anderer FundamentalistInnen.

Niels Boeig hat Physik und Philosophie studiert. Er lebt als Wissenschaftsjournalist in Hamburg. Sein Text erschien zuerst in sul serio 14 (2008) „Wem gehört der Klimawandel?“ (www.sul-serio.net).

Kontakt:
Tel. +49 (0)40 /
688732-50,
Fax -51, E-Mail:
nbo@bitfaction.com,
www.bitfaction.com



KURS ZUKUNFTSPILOTEN

Das Qualifizierungsprogramm für junge Umweltengagierte

- ▶ 10 Monate studien- und berufsbegleitende Qualifizierung für erfolgreiches umweltpolitisches Engagement
- ▶ 16 junge Engagierte aus verschiedenen Hintergründen der Umweltbewegung
- ▶ 6 Seminare zu methodischen Aspekten umweltpolitischen Engagements
- ▶ Teamarbeit zu aktuellen umweltpolitischen Themen
- ▶ Praxisprojekt im Rahmen einer Umweltorganisation oder selbstorganisiert
- ▶ Netzwerk: lebendiger Austausch mit über 100 anderen TeilnehmerInnen und AbsolventInnen des Kurs ZukunftsPiloten

Neuer Kurs
ab Januar 2009

Jetzt bewerben!
Bewerbungsschluss: 17.11.2008



Der Kurs ZukunftsPiloten ist ein Programm des Deutschen Naturschutzbundes (DNR) und der Bewegungsakademie e.V.

Kontakt:
Kurs ZukunftsPiloten, c/o Bewegungsakademie,
Artilleriestr. 6, 27283 Verden.
Tel.: 04231-957595, Fax: 04231-957-400,
E-Mail: info@zukunfts-piloten.de

www.zukunfts-piloten.de